



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917

310 (6.7.1917) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-176819](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-176819)

Kollegienleiter verteidigt wurde. Generalgouverneur v. Beseke hat ebenfalls am 22. Juni bestimmt, daß der Betrieb der beiden Hochschulen bis auf weiteres eingestellt werde. Es war wirklich höchste Zeit, daß man diesen Entschluß faßt. Seit mindestens 1 1/2 Monaten stand die Studentenschaft sämtlicher höherer Unterrichtsanstalten Warschaws, der Universität, der Technischen Hochschule, der höheren wissenschaftlichen Kurie, der höheren landwirtschaftlichen, juristischen, Handels- und Gärtnerkurie usw. im „Streit“, hochnotpeinlich die Professoren, demoralisierte Demonstrationen abgelehnt, wurde verhaftete Studenten zu befreien. Die beiden Rektoren reichten ihre Demission ein. Der Anwesendstenrat faßte einen Beschluß, wonach die Professoren in ihren Stellungen nur verbleiben würden, wenn die Universität von den Besetzungsbehörden unabhängig gemacht werde. Das ist natürlich des Pudels Kern.

Die Errichtung der beiden polnischen Hochschulen war feiner Schritt der ersten in der Richtung der späteren Rundgebung vom 8. November. Die zweite habe an die Polen, die der Verkündigung des Königreichs unmittelbar folgte und mit ihr in innerem Zusammenhang stand, war das nationale polnische Heer. Hier ist die Enttäuschung, welche die Polen ihren vertrauensseligen Österreichern bereitet, wohl noch größer als bei den Hochschulen. Und so heißt es auch hier bereits gedungen: „Mühsam, mühsam, von Sobieszka! Durch Verordnung des Generalgouverneurs v. Beseke vom 4. Juni wurden bis auf Widerruf“ im ganzen Lande die Kreisbehörden für die Aushebung zum polnischen Heer sowie die örtlichen Behörden für Anmeldungen geschlossen; bestehen bleiben nur die Hauptaushebungsbehörden bei den Gouvernements und die Landesinspektion zu Warschau, in denen jedoch die Zahl der beschäftigten Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten verringert wurde. Die von dem Werbepersonal frei geworbenen 140 Offiziere und etwa 2000 Unteroffiziere und Mannschaften wurden zu ihren Regimentern abkommandiert. Die Beworbenen beglaubigte diese Maßnahmen mit Rücksicht auf die bevorstehende Ernte, zu deren Einbringung alle Kräfte dem Lande zur Verfügung gestellt werden müssen. Die polnische Presse fühlte jedoch die eigenartige Bedeutung der Maßnahmen sehr wohl heraus. Der „Dziennik Narodowy“ zu Warschau schreibt: „Die Beweggründe des Generalgouverneurs v. Beseke sind unklar. Der Werbepersonal war die einzige polnische Organisation im Königreich Polen, welche die beiden Okkupationen umfaßt hat. Sie vertrat im ganzen Königreich die sich bildende nationale Staatlichkeit und die Macht. Sie hatte eine große Bedeutung für die Popularisierung der Idee des polnischen Heeres, besonders unter den Bauern. Die Verordnung bildet einen wichtigen politischen Akt, der in den politischen Kreisen lebhaft kommentiert wird.“ Die große Bedeutung des Werbepersonals für die Popularisierung der Idee des polnischen Heeres findet allerdings in den gerade lächerlichen Ergebnissen einen recht sonderbaren Ausdruck. — Der Krakauer „Egus“ spricht von einer „sehr beunruhigenden Nachricht“, die in Krakau großen Eindruck hervorgerufen habe. „Der wirklichen Zweck dieser Verfügung kennen wir nicht.“ Die Wirkung aber ist erschütternd. Die Amerisierung der Freiwilligen... ist unterbrochen worden, und das polnische Heer hat keine Möglichkeit des Wachstums und der Entlohnung. Man nehme an, daß der Kaiserlich deutsche Generalgouverneur... das Interesse für diese Sache verloren hat und beabsichtigt, den Weg ihrer Liquidierung zu betreten... Oben genannte Verfügung ist nur eine Episode in der Reihe der Maßnahmen zwischen den tatsächlichen Organisations- und des polnischen Volkes und den deutschen Behörden, die die oberste Leitung innehaben.“ Nun, wir hoffen, daß die Verfügung nicht nur eine „Episode“ ist, sondern atmet erleichtert auf in der Erwartung, daß wir hier einen wohlüberlegten, ernsthaften Schritt zur Rückgängigmachung eines von vorsehen verfehlten Unternehmens vor uns haben. In Verbindung mit der Schließung der Warschauer Hochschulen weist er die Hoffnung, daß unsere Regierung endlich die Kraft und den Mut gefunden hat, in der Frage der Errichtung des Königreichs Polen überhaupt im Sinne der Worte zu handeln, die die „Königliche Zeitung“, nachdem sie noch vor wenigen Monaten die Politik vom 8. November auf lebhafteste gebilligt und bejubelt hatte, nach der Erklärung des polnischen Völkchen sand: „Wird das Spiel, das man in Krakau gespielt hat, weiter getrieben, so werden in Deutschland wie in Österreich-Ungarn ganz von selbst sich Erwägungen einstellen, ob man Köpfe, denen der Freiheitstraum die mächtigste Heberzeugung darat zu fähren vermag, das zum Ausbau überlassen kann, was man vor dem 8. November 1916 für durchführbar hielt.“

Je der Anfang des Umschwungs der...

Der Verfassungsausschuß.

Der Verfassungsausschuß des Reichstages nahm ebenfalls heute Vormittag seine Arbeit wieder auf. Eingeleitet sind Anträge der Konservativen und der Deutschen Fraktion. Der konservative, von den Abgeordneten Graf Westarp, von Gradow, Kreis und Dr. von Zeit unterzeichnete Antrag lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen an den Reichskanzler folgende Erklärung zu richten: Angehender der Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Krieg bekennt sich der Reichstag zu der an den Reichskanzler und den preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterbotschaft des deutschen Kaisers und Königs von Preußen. Die Durchführung der darin angekündigten Änderung des Wahlrechts ist nach der Reichsverfassung ausschließlich die Aufgabe der einzelnen Staaten. Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewusster Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Krieges mitwirken, so werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgange des Krieges und nach dem Krieg zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und fruchtigen Mitwirkung des ganzen Volkes bedürfen. Auf der Grundlage der in den Verfassungen verbrieften vollen Staatsbürgerlichen Gleichberechtigung werden in Staat und Reich nachvollziehbare neue Kräfte für den Aufbau des starken Lebens zur Entfaltung gebracht werden.“

Der von den Mitgliedern der Deutschen Fraktion, den Abgeordneten Martin und Herzog eingebrachte Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Freudlich hat der Reichstag die an den Reichskanzler und preussischen Ministerpräsidenten gerichtete Osterbotschaft des deutschen Kaisers und Königs begrüßt. Das ganze Volk hat für die glückliche Führung des Krieges unglückliche Opfer gebracht. Gemaltige Aufgaben harren seiner in der Zukunft. Ihre Lösung bedarf der fruchtigen und hingebungsvollen Mitarbeit aller Teile des deutschen Volkes. Voraussetzung hierfür ist, daß in den Bundesstaaten die Ordnung des Staatslebens, insbesondere auch das Wahlrecht freiheitlich und auf der Grundlage vollen gegenseitigen Vertrauens baldmöglichst durchgeführt wird. Die Gestaltung dieser Neuordnung in den Bundesstaaten bleibt deren verfassungsmäßigen Zuständigkeit vorbehalten.“

Ein konservativer begründet den Antrag seiner Fraktion. Die Resolution Müller-Reinigen sei unannehmbar. Denn für Preußen dürfe das gleiche Wahlrecht nicht angestrebt werden. Ein Mitglied der Deutschen Fraktion lehnte gleichfalls die Resolution Müller-Reinigen ab.

Ein Nationalliberaler erklärte, daß der Ausschuss zu den grundlegenden Fragen des Staatslebens jetzt Stellung nehmen müsse. Die Anträge der Konservativen und der Deutschen Fraktion enthalten zwar manches erhebliche. Aber die Art ihrer Begründung schmeiche den günstigen Eindruck ab. Die Osterbotschaft hat der Hoffnung auf baldigen Frieden Ausdruck gegeben. Jetzt sei die Situation völlig verändert und aus dem Geist der Osterbotschaft heraus müsse daher jetzt schnell gehandelt werden. Eine weitere hinauschiebung der Neuordnung sei unmöglich, die Stunde der Tat sei jetzt da.

Ministerialdirektor Dr. Bewald: Die Osterbotschaft bezeugt die nicht auf preussische Verfassungsfragen...

sondern erstreckt sich weit darüber hinaus auf Fragen, die das ganze deutsche Volk betreffen. Der Reichstag hat deshalb unwillkürlich das volle Recht, zur Osterbotschaft Stellung zu nehmen und auch das empfindlichste föderative Gewissen könnte nicht annehmen, daß der Reichstag keine Kompetenz überschreite, wenn er dies tut. In der Sache selbst stelle ich ausdrücklich fest, daß die Osterbotschaft sich in der Frage des gleichen Wahlrechts die volle Entscheidungsfreiheit vorbehalten hat.

Ein Sozialdemokrat führte aus, daß der konservative Antrag vom Wahlrecht überhaupt nichts sagt. Das Reich habe das Recht und die Pflicht, auch die Verfassungen der Einzelstaaten zu regeln. Für die Einschließung Müller-Reinigen werde seine Partei stimmen.

Ein Nationalliberaler betonte, daß die überwiegende Mehrheit seiner Fraktion der Meinung sei, daß ein Wahlrecht, das mittelbar oder unmittelbar auf der Erwerbsleistung aufgebaut sei, nicht dem Grundgesetz der bürgerlichen Gleichberechtigung entspreche.

— Ein zweiter nationalliberaler Redner unterstrich die Erklärung seines Fraktionsfreundes. Eine Differenzierung des Wahlrechts nach dem Besitz, dem Einkommen oder der Erwerbsleistung lehne die große, so weit überwiegende Mehrheit der Nationalliberalen ab. Er verleihe sich für das gleiche Wahlrecht auch in Preußen. Gegenüber der Behauptung des konservativen Redners, Preußen werde selbst die Kraft haben, ein freibürgerliches Wahlrecht durchzuführen, spreche seine Partei ungeweiht aus, daß die Krone die Sache in die Hand nehmen solle, damit letzte man der Krone gerade jetzt die besten Dienste.

Ein Sozialdemokrat brachte zur Einschließung Müller-Reinigen einen Zusatzantrag ein und zwar soll nach dem Satz: „Hierfür aber ist eine unerlässliche Voraussetzung, daß die volle Staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug eingeführt wird“ eingefügt werden; und namentlich das gleiche Wahlrecht in allen Bundesstaaten eingeführt wird.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter erklärte sich mit diesem Zusatzantrag einverstanden. Ein unabhängiger Sozialdemokrat lehnte auch den abgeänderten fortschrittlichen Antrag ab. Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde ausgesetzt.

Hauptauschuß des Reichstages.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte am Freitag Vormittag seine Beratungen fort. Ein Sozialdemokrat begründete die Zwangsliquidierung französischer Güter in Elsass-Lothringen im gegenwärtigen Augenblick als einen politischen Fehler.

Der Staatssekretär des Innern erwiderte, daß die Zwangsliquidierung bei völliger Wahrung der öffentlichen Interessen durchgeführt werde. Spekulative Privatinteressen würden nicht gebildet werden; das sei für uns eine Sache des Anstands.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, S. Patzki, erklärte den vollen Ernst der gegenwärtigen Ernährung und die schwere Sachlage für ihre ergebende Verantwortung voll an. Die Monate Juni und Juli seien auch im vorigen Jahre die kritischsten Monate gewesen. Die Dürre in einem Teile Deutschlands habe hinsichtlich der Obst- und Gemüsernte die Lage in diesem Jahr noch verschärft. Gerade bei diesen schnell verderblichen Waren sei die bedrückende Regelung einer gleichmäßigen Versorgung der Verbraucher besonders schwer. Die Gefahr, daß die erhöhte Produktion nicht durchgeführt werden könne, habe zeitweilig bestanden, sei aber jetzt völlig beseitigt. Von Anfang ab werde mehr Wehl gegeben und gleichzeitig die Fleischzulage zur Schonung der Rindfleischermäßigungen werden. Bestimmte Voraussetzungen über die neue Ernte seien heute unmöglich. Schwarzwedel sei ebenso unverantwortlich wie Schönfelder. Die Reder seien trotz außerordentlicher Schwierigkeiten ruhig bestellt worden. Die Aussichten für Brotgetreide seien in der Mehrzahl der Bezirke gut oder befriedigend. Der schlechte Stand auf dem ganz leichten Sandboden in der Umgebung von Berlin dürfe nicht verallgemeinert werden. Der Stand der Kartoffeln sei vorläufig fast überall gut. Man kann hoffen, daß die diesjährige Kartoffelernte die erste Grundlage der Ernährung, wesentlich besser werden wird als die Ernte 1916. Der Bestand an Rindvieh und Schafen sei trotz der starken Schlachtungen gut, der der Schweine im Verhältnis zu den Futtermöglichkeiten eher zu hoch als zu gering. Im Herbst müsse die Schweinehaltung nach dem Voranschlag der Reichstagskommission mit Rindvieh und erfordere falls mit Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden. Die Wege der für die landwirtschaftlichen Arbeiten zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte sei bedauerlich, aber in dem nötigen Umfang durch das Kriegsernährungsamt geregelt. Die Versorgung des Meeres erfolge in engem Zusammenhang mit der Versorgung des Landes. Die Zusammenarbeit des Kriegsernährungsamtes mit Vertretern aller Bevölkerungsstufen sei sehr ersprießlich. Man habe aus den bisherigen Erfahrungen viel gelernt und könne der Versorgung im neuen Erntejahr mit vollem Vertrauen entgegensehen. In Ergänzung seiner Darlegungen über den U-Boottkrieg betonte der Staatssekretär des Innern noch, daß seine Ueberzeugung von der

Ansehbarkeit der Wirkungen des U-Boottkrieges

sich schon seinerzeit vornehmlich darauf gestützt habe, daß die Zunahme der Einfuhr nach England von dem Einsetzen des unbedingten U-Boottkrieges sich von 4,1 Millionen Tonnen im Freieben auf 2,2 Millionen Tonnen verringert habe. Die weitere Verminderung müsse in absehbarer Zeit auf den Punkt führen, wo die Einfuhr keine den Bedürfnissen Englands nicht mehr zu genügen vermöge.

Letzte Meldungen.

Der Besuch des deutschen Kaiserpaars in Wien.

Wien, 5. Juli. (WTB. Reichsanst.) Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt: Das deutsche Kaiserpaar, das morgen Kaiser Karl und Kaiserin Sita ihrem Antrittsbesuch erwidert, hat für die Reise einen Zeitpunkt gewählt, in welchem ein bedeutungsvolles Licht auf das alte Bündnis fällt, einen Zeitpunkt, der die weltgeschichtliche Wichtigkeit dieser Freundschaft an den Ereignissen des Tages neu erhellt. Nicht ohne Bitterkeit werden die Tage des neuen russischen Ansturmens durchlebt, nicht ohne tiefen Schmerz die Berechtigung hoher, aufrichtiger Wünsche hingenommen. Es muß für die Vorkämpfer, die mit der Großmut, welche nur der große Sieger kennt, den Bürgern ihrer Reiche das Ende unabhängigen Kammers und schwerer Anspannung der Kraft wie des Herzens bereiten wollten, eine dauerliche Enttäuschung sein, zu sehen, wie viel das Vertrauen über die Offenheit vermag, wie viel die blendende Fährde über das klar gesprochene, fest umrissene Wort. In diesem letzten Erlebnis der schlecht gelohnten Politik der Reichsämter, sagt das Blatt, ist Wilhelm II. der gefinnungsvolle Genosse unseres Kaisers. Das Blatt schließt: Wir gehen den Worten, was nicht der Not oder dem Vorteil gegenüber erst gefunden zu haben, sondern nach den Geboten edlerer Historiker und moralischer Führung bereits verbunden zu sein. Daher die organische Entwicklung, daher die Selbstverständlichkeit der Gleichheit unserer Anschauungen und Entschlüsse. Die Entente, die so oft während des Krieges zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn Bestimmungen und Enderungen sehen wollte, urteilt zu sehr nach eigenen Voraussetzungen, nach denen pflichtig improvisierte Fragen des Tages erst umständlich gegenseitig ausgewogen und differenziert werden müssen. Wir aber haben von Anfang an eine Gefahr und ein Ziel erkannt, eine Begeisterung und einen Glauben. Die Entente-zeit sehr, wenn sie wie in der letzten

Zeit häufiger die Personen unserer gekrönten Häupter als gleichsam isolierte, autoritäre Machthaber hinstellt. Diese Souveräne konnten ein entscheidendes Wort nie mit diesem Gewicht in die Waagschale werfen, wäre dieses ihr Wort nicht auch das ihrer Völker. Der Besuch des deutschen Kaiserpaars in Wien ist nur die willkommene Gelegenheit, namentlich zu bekunden, worauf das Bündnis freilich eigentlich überflüssig erscheint, die Einheit unseres in Sturm und Freude geschlossenen Bündnisses, die Einheit der Liebe und des Vertrauens von Fürst zu Volk und von Volk zu Fürst.

Wien, 5. Juli. (WTB. Reichsanst.) Das deutsche Kaiserpaar ist um 9 Uhr Vormittags in Laxenburg eingetroffen.

Wien, 6. Juli. (WTB. Reichsanst.) Das deutsche Kaiserpaar traf heute um 9 Uhr Vormittags in Laxenburg ein. Schon seit dem letzten morgen granite der Ort in fröhlichem Schwall und aus der Nähe und weiteren Umgebung war die Bevölkerung zusammengekommen, um das deutsche Kaiserpaar willkommen zu heißen. Der Bahnhof lagte ein festliches Gewand an. Nalmen in den Händen, Österreichischen und ungarischen Farben schmückten ihn. Gegen 9 Uhr fuhr Kaiser Karl und Kaiserin Sita zum Bahnhof. Der Kaiser trug die Feldmarschalluniform des preussischen Generalleutnants.

Gegen 9 Uhr wurde dem Kaiser die bewundernde Anstalt des deutschen Hofes überreicht. Kaiser Karl begab sich hart an das Bahngelände und fuhr danach rollte der Zug in die Station ein. Schen von Hofstationen aus hatte Kaiser Wilhelm, der die Feldmarschallform des k. u. k. Feldmarschalls trug, das Kaiserpaar begrüßt. Als der Zug hielt, stiegen ihm die beiden Kaiserinnen. Während Kaiser Karl die Kaiserin in ritterlicher Weise willkommen ließ, begrüßte in gleicher Weise Kaiser Wilhelm die Kaiserin Sita. Dann folgte die herzliche Begrüßung der beiden Kaiserinnen durch die und umliegenden Händelred. Die Kaiserinnen waren gleich im angereizten Gespräch.

Besuch türkischer Pressevertreter in Deutschland.

Berlin, 6. Juli. (WTB. Reichsanst.) Auf Grund einer Einladung, die von den Organisationen der deutschen Zeitungsverleger und Journalisten an den neu gegründeten Verein der osmanischen Presse in Konstantinopel ergangen ist, werden eine Anzahl hervorragender türkischer Pressevertreter in der nächsten Woche als außerordentlich willkommen Gäste der deutschen Presse in Berlin erscheinen. Das dem Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse zugegangene Telegramm, in dem die türkischen Journalisten ihren Besuch ankündigten, hat folgenden Wortlaut:

Der Verein der osmanischen Presse nimmt mit freudigem Dank die Einladung der Organisationen der deutschen Zeitungsverleger und Journalisten an. Sechs Delegierte des Vereins, nämlich der Präsident Rahmud Sadik, der Vizepräsident Jusuf Kadi, Schatzmeister Mehmed Rahmeddin, Schriftführer Mehmed Emin, die Vorsitzenden Mitglieder Abdullah Suedhi und Ahmed werden am 10. Juli nach Berlin abreisen. Der Verein der osmanischen Presse bittet Euer Hochwohlgeboren, den beteiligten Organisationen herzlichsten Dank zu übermitteln für die lebenswürdige Einladung, die wir als ersten Schritt zur Herstellung intimer Beziehungen zwischen den Pressevertretern der verbundenen Länder mit Freude und Genugtuung begrüßen. Im Auftrag: Mehmed Emin.

Der Präsident des neu gegründeten Vereins, Rahmud Sadik Bey ist Leiter der „Genetli Husnum“, Mehmed Din Bey Leiter der „Tamin“, der Abgeordnete Jusuf Kadi Bey ist Leiter des „Tasfiye-Magazin“, Mehmed Emin Bey Professor der Statistik an der Universität Istanbul, Abdullah Suedhi Bey Leiter der „Seit“, Mehmed Naga Oklu Bey Leiter der „Terhishen Kafkas“. Wie wir hören, werden die türkischen Herren auch Leipzig, Bünden, Frankfurt am Main und Köln besuchen. Die Anstalt in Berlin wird am 12. Juli erfolgen, die Rückreise am 21. Juli angetreten werden.

Vorbereitungen zur Frage des englischen Handelsvertrages für 1918.

c. Von der schweizerischen Grenze, 6. Juli. (Priv.-Tel. z. A.) Nach Schweizer Meldungen aus London berichtet „Daily Chronicle“ daß sich eine Abordnung englischer Parlamentarier zur Vorbereitung der Frage des Handelsvertrages für das Kriegsjahr 1918 in den nächsten Tagen an die englische Front begibt. Die englischen Zeitungsreporter reisen am Dienstag an die Front nach Frankreich.

Japan und China.

c. Von der schweizerischen Grenze, 6. Juli. (Pr.-Tel. z. A.) Nach Schweizer Blättermeldungen berichtet Daily News aus Tokio, daß die japanische Regierung habe die offiziellen Beziehungen mit der tschechischen Regierung in Peking aufgenommen.

Paris, 6. Juni. (WTB. Reichsanst.)

Wie der „Temps“ meldet, geht heute ein amerikanisches Bataillon zur Front ab.

Letzte Handels-Nachrichten.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 6. Juli. (Pr.-Tel.) Unter dem Eindruck der U-Boottörige verkehrte die Börse in ausgesprochenester fester Haltung. Der Geschäftsverkehr war mit Ausnahme von Montanaktien ziemlich lebhaft. Die Umsätze fanden zunächst wieder in Zelluloseaktien statt. Reges begehrt wurden Zellstoff Waldhof, Koshheimer Zellulose, Maschinenpapierfabriken konnten den Höchststand nicht voll behaupten. In Nachfrage standen ferner Maschinenfabriken Augsburg-Nürnberg, denen sich Esslinger Maschinen bei erhöhten Kursen anschlossen. Höher zu erwähnen sind ferner Metall Berg, Kabelwerke Rheinl., Lindes Eismaschinen und Steiner Vulkan. Elektrizitätsaktien lagen ruhig und behauptet. Akkumulatoren, Hagen und Bergmann sind gefragt. Unter den Chemischen Aktien waren Holzverkohlung auf die Erklärung der Verwaltung höher, Kalkaktien befestigt. Am Montanaktienmarkt blieb der Verkehr auch im weiteren Verlauf aus. Sehr schwach sind Harpener, Bochumer und Gelsenkirchener, dagegen fanden Silesia und Bockstahl Käufer. Schiffsaktien zeigten ziemlich feste Haltung.

Am Rentenmarkt wurden belmische Renten zu gebesserten Kursen aufgenommen. Fest lagen ferner Türkenwerte und Japener. Russen befestigt. Privatkonto 4 1/2 Prozent. Die gesamte Haltung blieb bis zum Schluß zuverlässig bei fester Tendenz.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 6. Juli. Der Tag unmittelbar vor Beginn der Schulferien rief im Börsengeschäft wieder vermehrtes Angebot hervor. Bei dem Mangel an Unternehmungswert verursachte das Angebot naturgemäß fast eine allgemeine Abschwächung in Industriewerten. Im Gegensatz hierzu waren Rheinmetall erheblich größer und stark gekauft. Gerüchtweise verläuft von einer geplanten Fusion. Auch Anhalter Maschinen, Augsburg-Nürnberg Maschinen und vornehmlich Zelluloseaktien wurden höher umgesetzt. Türkische Lose zogen auf angelegliche türkische Käufe weiter an. Der Bank- und Anlagemarkt verkehrte in ruhiger Haltung. Etwas mehr Geschäft zu gut behaupteten Kursen entwickelte sich in deutschen 3- und 3 1/2prozent Anleihen.

Newyorker Wertpapierbörse.

Newyork, 5. Juli. (WTB.) Bei leiser Eröffnung, bei der sich besonders rege Kaufkraft für Spezialwerte zu erkennen gab, schlug die Stimmung entschieden um, als Nachrichten über eine Erhöhung der Stahl- und Kupferpreise bekannt wurde und auch die bisherigen Metallberichte ungünstig lauteten. Eisenbahnwerte gingen um 1-3 Dollar zurück. Metallgeschäften, die schon anfänglich schwach lagen, erlitten eine Einbuße von 2-10 Dollar. Die Börse schloß in gedrückter Haltung. Aktienumsatz 630000 St. Aktien.

Berliner Produktionsmarkt.

Berlin, 6. Juli. Im heutigen Produktverkehr lagen keinerlei Anregungen vor. Das Geschäft, das sich mehr und mehr von Kontor zu Kontor abspielte, war still. Hauptsächlich wurden die Umsätze durch das Fehlen von Ware in den meist begehrten Artikeln beschränkt. So mußte auch heute wieder der Bedarf für die Zwischenräume unberücksichtigt bleiben. In Hex und Stroh war das Geschäft reger.

Aus Stadt und Land.

Vortragsabend des Hausfrauenbundes.

Hausfrauenvereine beschäftigen gestern Abend in einer Zusammenkunft die Mitglieder des Hausfrauenbundes. Das Einlösen und die Beschaffenheit des Gases sind in den Vordergrund der Interessen gerückt und haben manche Stimmung, weil mehr das eine als das andere friedensgemäß ist.

Der zweite Teil des Abends war der geistigen Einlochung gewidmet. Die Ausführungen von Frau Logger standen ganz auf dem Boden der Praxis und erreichten deshalb auch das gewöhnliche Ziel, den Hausfrauen zu zeigen, daß und wie man auch ganz ohne Apparat gut, schon und halbt sterilisieren kann.

Veratungen mit Sachverständigen festgefunden, um die Kündigen aller beteiligten Kreise kennen zu lernen. Bei allen Verhandlungen ist von Seiten der Käufer der Standpunkt vertreten worden, daß nur ein ausreißend hoher Preis, der auf eine möglichst lange Reihe von Jahren gerichtet werden dürfte, imstande ist, die Landwirtlichkeit und vor allem die mittleren und kleinen Bauern, in deren Händen es v. a., anderer landwirtschaftlich geeigneter Fläche liegen, zu veranlassen, sich in ausgedehnter Weise wieder der Schafzucht zuzuwenden.

Polizeibericht vom 6. Juli (Schluß). Unfälle. In der Küche des Hauses Friedriehsring 14 ging am 20. v. Mts. einem 22 Jahre alten Dienstmädchen ein Topf mit heißem Kaffee aus der rechten Hand, wobei es starke Brandwunden davontrug.

Am 3. ds. Mts. nachmittags schüttete ein 23 Jahre alter Dienstmädchen in der Küche des Hauses L. 10, 7 einen Topf kochendes Wasser in einen Eimer. Hierbei rutschte das Mädchen aus, warf den Eimer um und erlitt dabei an beiden Beinen und am linken Unterarm Brandwunden. Am gleichen Tage, nachts 1/2 Uhr, brachte ein 19 Jahre alter Fabrikarbeiter von hier in einem Fabrikamwesen auf Balldorf beim Jurichten von Eisenstangen die linke Hand unter den Balldorfer, wobei ihm 4 Finger erheblich gequetscht wurden.

Epileptischer Anfall. Vor dem Hause E 3, 16 erlitt gestern nachmittags 5 Uhr eine 35 Jahre alte Tagelöhnerin von hier einen epileptischen Anfall und fiel zu Boden. Sie wurde von einer Polizeipatrouille auf die Polizeiwache E 5, 15 getragen, wo sie sich nach einer halben Stunde wieder erholte.

Aus dem Großherzogtum. Großschiffen. 5. Juli. Die Mühle des Herrn Johann Späher hier wurde wegen Verletzungen des Anbauers gegen die Vorarbeiten der Protokollkommission bis 15. August 1917 durch den Kommandantstab Weinsheim-Land geschlossen.

Verhaftung. Dr. 5. Juli. Der bekannte Landtagsabgeordnete Benefiziant u. Disziplinärbes. Dr. Schöper wurde anlässlich seines Abwehrens in Weinsheim zum erzbischöflichen Geisteslichen R. ernannt.

Konstanz. 5. Juli. Gestern nachmittags um 3 Uhr kamen 11. Konstanzer Inf. 2 Offiziere und 100 Mann deutscher, in letzter Zeit in der Schweiz interniert gebliebener Soldaten an. Am Bahnhof hatten sie zur Begrüßung eingefunden die Generale O. Wolf und v. Bedenitz, viele Offiziere und Vertreter der Stadt und des biesigen Roten Kreuzes. Die Aufnahmestelle waren wieder besetzt von Frau Oberst v. S. u. v. a. Mitglieder des Schwelz. Roten Kreuzes. Wie immer war der Bahnhof von Publikum stark besetzt.

Pfalz, Haffen und Umgebung. 5. Kupperberg. 5. Juli. Der Gemeinderat R. h. hat sich 8/7 ausgesprochen, weil ihm 15 Renner Kleie beschlagnahmt wurden. Röhre hatte die Kleie verheimlicht und die Beschlagnahme erfolgte deshalb auf Grund ministerieller Verordnung durch das Reg. Bezirksamt. Der Mann hat mehrere Söhne im Feld und ist deshalb in letzter Zeit sehr nervös geworden, jedoch auch dieser Umstand zu der behauerlichen Tat beigetragen haben mag.

5. Gedenktag. 5. Juli. Bürgermeister Nikolaus Sutter hat nunmehr sein Amt definitiv niedergelegt. Das Geschäft des Stadtrats, wieder anzunehmen, war mit 14 gegen 8 Stimmen erfolgt.

Zweibrücken. 5. Juli. Die neue funktionelle Deutung der Nordaffäre R. m. ist, die ausgangs voriger Woche von Zweibrücker Zeitungen ausging und begrifflicherweise Erläuterung erteilt hat, wird jetzt durch den wahren Sachverhalt ihrer ganzen Wahrscheinlichkeit entleert. Mit dem angeblich gefälschten Scheid ist es nicht, wie aus vollkommen zuverlässiger Quelle in Erfahrung gebracht wird. Die 42000 Mark hatten Löwenhölzer Angehörige telegraphisch nach Brimans überweisen lassen, das derartige Postamt stellte, da im Augenblick der ganze Betrag nicht der Postkasse entnommen werden konnte, einen Scheck aus, der im Hotel, in welchem sich Löwenhölzer einlogiert hatte, abgegeben und von der Sachwalterin des Hotels persönlich an Löwenhölzer ausgehändigt wurde. Am gleichen Tage noch (S. 1) hat Löwenhölzer in eigener Person das Geld bei der königlichen Bank ab. Dadurch schrupfte die angeblich gewöhnliche, aber raffiniert eingeschaltete Betrugschichte der bloßen Vermutung zusammen, für die durch den Gang der Untersuchung auch gar keine Unterlagen erbracht waren. Man muß also folgerichtig wieder zu der alten, ersten Annahme zurückkehren, daß Löwenhölzer seine Geldmittel zum Verhängnis geworden sind und daß ein Verbrechen vorliegt. Die Frage nach der Täterschaft ist immer noch unbestimmt, da aus den beiden Verhafteten, deren Mitschuldhaftigkeit kaum angezweifelt werden kann, auch heute noch nichts herauszubringen ist.

sovielen Stimmen vertreten. Die Anträge der Verwaltung wurden einstimmig genehmigt und die Dividende auf 10 Prozent (L. V. 19) festgesetzt. Das ausscheidende Mitglied des Aufsichtsrats Exzell. Dr. von Jagann-Heidelberg, wurde durch Zuruf einstimmig wiedergewählt.

Berliner Wertpapierbörse. Berlin, 6. Juli (Devisenmarkt). Auszahlungen für: Geld Brief Geld Brief. Konstantinopel 20.25 20.35 20.60 20.70. Holland 100 Gulden 275.75 276.25 274.75 275.25.

Amsterdamer Wertpapierbörse. AMSTERDAM, 5. Juli. Bah. Berlin 33.71/2 33.65. 5% Niederl. 101 101. 5% R. Pa. ---. Wien 21.25 21.30. 5% Belg. 100 100.

Pariser Wertpapierbörse. PARIS 5. Juli (Kassa-Markt). 5% Anleihe 60.20 60.25. Saragossa 422 422. Rio Tinto 10.05 10.10. 5% Anleihe 60.35 60.35. Suess Kanal 4100 4100. Rio Tinto 10.05 10.10.

Londoner Wertpapierbörse. LONDON 5. Juli. 2 1/2% Konsol 55 55. Baltimore 4 3/4 4 3/4. Rio Tinto 6 1/2 6 1/2. 4% Argentinien 93 93. Canal, Pa. ---. De Beers 13 13.

Newyorker Wertpapierbörse. NEW YORK 5. Juli (Devisenmarkt). Wechsel für Geld 1.25 1.25. Wechsel auf London (90 Tage) 1.25 1.25. Wechsel auf London (60 Tage) 1.25 1.25.

New York 5. Juli (Börsen- und Aktienmarkt). Acht. Top. Santa Fe 4 1/2. Missouri Pacific 32 3/4. 4 1/2% Santa Fe 101 101. Nat. Bldg. of Mex. 5 1/2 5 1/2.

New York 5. Juli (Ergebnisübersicht). Balt. Ohio 4 1/2. U.S. Steel 12 1/2. 4 1/2% Santa Fe 101 101. U.S. Steel 12 1/2 12 1/2.

Berliner Produktenmarkt. Berlin, 6. Juli. Frühlmarkt unverändert. Newyorker Warenmarkt. NEW YORK 5. Juli. Baumwolle 22.50. Weizenhard 1.10. 22.50 pr. Juli. Weizenhard 1.10. 22.50 pr. Juli.

Chicagoer Warenmarkt. CHICAGO 5. Juli. Weizen Juli 1.10. Weizen Juli 1.10. Weizen Juli 1.10.

Londener Metallmarkt. LONDON 5. Juli. Kupfer 133. Zinn 132.50. Eisen 132.50. Kupfer 133. Zinn 132.50. Eisen 132.50.

Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort. Duisburg-Ruhrort, 5. Juli. (Amtliche Notierungen.) Bergfahrt. Frachtsätze von den Rhein-Ruhrorten nach Mainz-Gustavsburg 2.50, nach Mainzplätzen bis Frankfurt a. M. 2.65.

Handel und Industrie. Pfälzische Mühlenwerke Mannheim. In der heutigen Generalversammlung, die in den Räumen der Rheinischen Creditbank unter Vorsitz des Herrn Geheimrat Dr. Brosien stattfand, waren 6 Aktionäre mit 1590 Aktien und eben-

